

EKD-Friedensbeauftragter warnt vor einer nuklearen Aufrüstung

Der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Friedrich Kramer, hat die Bedeutung des am 22. Januar 2021 in Kraft getretenen Atomwaffenverbotsvertrags betont und das Ziel einer atomwaffenfreien Welt angemahnt. „Ich bin froh, dass die Bundesregierung an der ersten Vertragsstaatenkonferenz im Juni in Wien zumindest als Beobachterin teilnehmen will. Das ist ein erster Schritt, an dessen Ende aber auch die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch Deutschland stehen muss“, so Friedrich Kramer.

Allerdings beobachtet der EKD-Friedensbeauftragte die aktuelle Entwicklung mit großer Sorge. „Wir erleben wieder ein nukleares Wettrüsten. Das schwedische Forschungsinstitut SIPRI befürchtet, dass die Zahl der Sprengköpfe im Besitz der Atomwaffenstaaten in der nächsten Zeit steigen wird. Und wir sehen, wie die Atomwaffenstaaten ihr Nuklearwaffenarsenal modernisieren. Das sind besorgniserregende Entwicklungen“, macht Landesbischof Friedrich Kramer klar.

Scharf kritisiert der EKD-Friedensbeauftragte aber auch die immer wieder von Russland geäußerten Drohungen mit einem Atomwaffeneinsatz sowohl gegenüber der Ukraine wie auch gegenüber der NATO. „Das ist nicht zu akzeptieren. Ein Einsatz von Nuklearwaffen hätte verheerende Auswirkungen mit nicht zu überschaubaren Folgen für die ganze Menschheit“, warnt der Landesbischof.

Die russischen Drohungen würden aber nicht nur die Gefahren eines Atomwaffenbesitzes deutlich machen, sondern auch zeigen, wie real die Möglichkeit eines Atomkrieges ist. „Im Atomwaffensperrvertrag hatten sich die Staaten verpflichtet, ihr Atomwaffenrüstungsarsenal abzurüsten. Doch davon ist schon lange keine Rede mehr“, kritisiert Friedrich Kramer. Viele Abrüstungs- und Kontrollverträge seien ausgelaufen, eine nukleare Rüstung würde vertraglich kaum noch eingegrenzt. „Hier ist es höchste Zeit, dass sich die Nuklearmächte endlich an einen Tisch setzen und mit entsprechenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollgesprächen beginnen“, fordert der EKD-Friedensbeauftragte.

Die evangelische Friedensethik bekenne seit vielen Jahren, dass die Drohung mit Nuklearwaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden könne, unterstreicht Landesbischof Friedrich Kramer. Ziel müsse ein Global Zero, eine Welt ohne Atomwaffen sein. Und gerade angesichts der drohenden Aufrüstung

Dieter Junker
Öffentlichkeitsarbeit
Tel: 0171 4161087
E-Mail: junker@evangelische-friedensarbeit.de

und eines möglichen Atomkrieges sei eine völkerrechtliche Ächtung dieser Massenvernichtungswaffen die einzige Möglichkeit. „Darum ist der Atomwaffenverbotsvertrag so wichtig“, so der EKD-Friedensbeauftragte. Er verkenne nicht, dass in der aktuellen weltpolitischen Lage neue Abrüstungsgespräche nicht einfach seien. „Aber die Alternative, ein unkontrolliertes Wett- und Aufrüsten und die drohende Gefahr eines Atomkrieges, das würde die ganze Menschheit bedrohen“, mahnt der Landesbischof.

Bonn, 17. Juli 2022/dj